



DER UNABHÄNGIGE

Ausgabe 1/2020

Das Unabhängigen-Mitteilungsblatt für Diekholzen

Hochwasser August 2017

– Folgen, Hoffnung, Wirklichkeit

Zur Erinnerung (bereits 2018 berichtet):

Zunächst zur Ortschaft Diekholzen: Im August 2017 haben besonders die Bewohner des Unterdorfs mal wieder erfahren müssen, dass langanhaltender Regen zu massiven Überschwemmungen führt, besonders, wenn er auf wassergesättigten Boden trifft. Gemäß Bericht des NLWKN aus September 2017 hat es vom 24.07.2017 9:00 Uhr bis 26.07.2017 12:00 Uhr in Alfeld 143 mm Niederschlag / qm gegeben, in Holle 116 mm und in Seesen 166 mm – Diekholzen liegt irgendwie dazwischen. Insgesamt hat es im Bereich der Gemeinde ca. 150 Stunden durchgehend in unterschiedlicher Stärke geregnet, und das auf wassergesättigten Boden. Dadurch lief die komplette Wassermenge schnell in der Beuster ab und überflutete diese im Bereich ab Einmündung Marienburger Straße. Ab Alter Weg wurden dann weite Bereiche überschwemmt – zu verhindern war das nicht. An sich ist dieses Ereignis nicht völlig überraschend, es ist auch nicht die erste Überflutung dort. Die Politik in Gemeinde, Kreis und Land übertraf sich anschließend gegenseitig, um den Bürgern mitzuteilen, dass man, egal was es kostete, nun massiv am Hochwasserschutz arbeiten

und unter anderem Rückhaltebecken bauen werde.

Alles sehr schön, aber so einfach ist das nicht. Die Forderungen sind zwar publikumswirksam, an ihrer Sinnhaftigkeit kann man durchaus zweifeln. Das damalige Hochwasser zeichnete sich durch die lange Dauer der Regenfälle aus. Klar ist, je länger ein Regen dauert, desto schwieriger wird es, die aus ihm anfallenden Wassermassen zurückzuhalten und irgendwann ist jedes Rückhaltebecken einfach voll. So auch hier geschehen, das Rückhaltebecken im Südwald hat ca. 8 Stunden gestaut, dann lief es über. Ein zweites auch deutlich größeres Becken am Sportplatz hätte nichts geändert, sondern die Überschwemmung lediglich weiter verzögert.

Ursache für die Überflutung ist die deutliche Verengung des Beuster Querschnitts ab Alter Weg bis zum Ortsausgang. Im Verlauf der Beuster im Ort Diekholzen erreichen viele natürliche Zuläufe und Regenwasserkanäle die Beuster, die aufzunehmende Wassermenge steigt erheblich, der Querschnitt verkleinert sich. Das wird immer ein Problem bleiben. Aufgabe der Gemeinde als zuständige Behörde wäre es also, genau dieses Problem anzugehen. Das ist zugegebener Weise nicht einfach, aber

zielführend. Unserer Meinung nach sollte man alles versuchen, den Querschnitt der Beuster im Verlauf des Ortes etappenweise zu vergrößern, auch wenn es schwierig wird und lange dauert. Regenrückhaltebecken sind lediglich eine kostspielige Ergänzung dazu. Passiert ist bis heute in dieser Hinsicht fast nichts. Nicht einmal die Pflege des Bachbettes durch den Unterhaltungsverband Untere Innerste (zuständig) funktioniert angemessen.

In Söhre sieht das etwas anders aus. Ein Regenrückhaltebecken vor dem Ort kann zu einer Entlastung für einige Zeit führen, die Aufnahmefähigkeit der Beuster in Söhre ist deutlich höher. Im Gutachten zum Hochwasserschutz aus 2018 sind geeignete Maßnahmen (Verwallung, Abdichtung, etc.) aufgeführt, die eine Überschwemmung wie 2017 weitestgehend verhindern können. Alles zusammen sollte eine Situation wie 2017 in Söhre entschärfen, aber dann muss es auch gemacht werden.

Zum jetzigen Zeitpunkt sind die Planungen der Rückhaltebecken im Gang, der Zeitpunkt des Bauens ist nicht abzusehen, ob es überhaupt vom Land die angedachten Finanzmittel für alle Becken gibt, ist unklar, Garantien gibt es nicht.



Lärmbelästigung durch die Fahrweise einiger weniger am Roten Berg

Die Unabhängigen haben im Technischen Ausschuss folgenden Antrag gestellt:

Seit Sanierung der Deckschicht der L485 im Bereich Roter Berg lässt sich beobachten, dass die Geräuschbelastung der Diekholzer Einwohner durch schnell beschleunigende Motorradfahrer und besonders in den Abendstunden mit quietschenden Reifen die Strecke hinunterfahrenden PKW erheblich zu nimmt. Dieser Zustand ist auf Dauer untragbar und es leuchtet uns nicht ein, dass es keine Handlungsmöglichkeiten dagegen geben soll. Wir bitten daher um Aufnahme des Tagesordnungspunktes „Lärmbelästigung der Diekholzer durch die Fahrweise am Roten

Berg“ auf die Tagesordnung des nächsten Ausschusses für Technik und Umwelt und anschließend des Verwaltungsausschusses und des Rates zu nehmen. In den Sitzungen soll über konkrete mögliche Maßnahmen zum Abstellen der erwähnten Vorfälle gesprochen werden. Weiterhin bitten wir darum, dass die Verwaltung in der Sitzung Handlungsmöglichkeiten aufzeigt, sofern sie welche sieht. Wir verweisen dazu beispielsweise auf nachstehenden Link (Rüttelstreifen, flexible Fahrbannteiler). <https://www.strassen.nrw.deldelstrassenbetrieb/motorradsicherheit.html>

Leider ist unser Antrag mit 3 zu 3 Stimmen bei einer Enthaltung abgelehnt worden, nur Martin Küster (SPD) hat mit uns dafür gestimmt. Unabhängig davon werden wir es im Verwaltungsausschuss erneut versuchen. Im Gemeinderat am 25.6.2020 konnten CDU, Bürgermeisterin und Grüne die bis dahin ablehnende Haltung nicht mehr durchhalten, die überwiegende Mehrheit stimmte unserem Antrag zu, Kai Tylinski (CDU) regte an, auch die Lantagsabgeordneten anzuprechen.

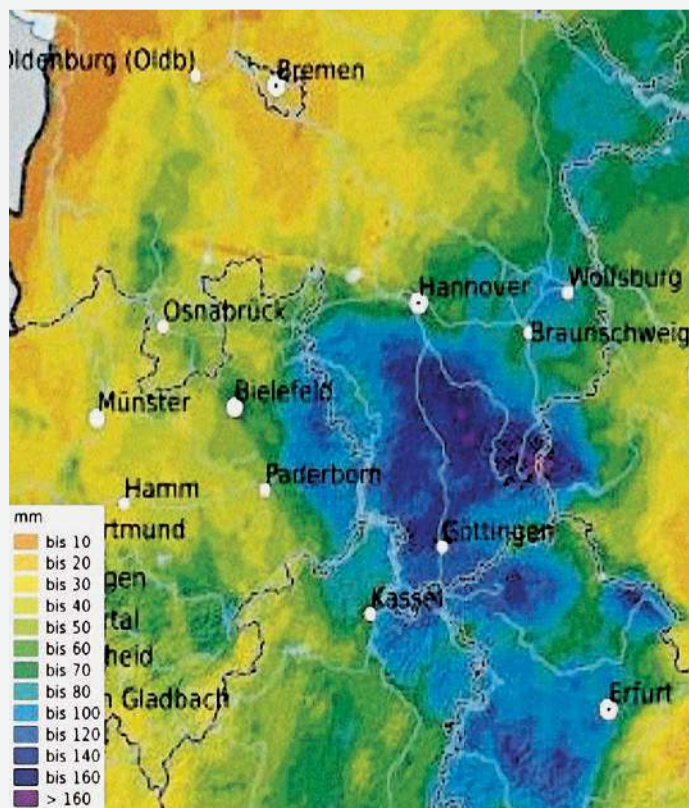
In eigener Sache

Liebe Leser, Leserinnen (oder Lesende?),

bevor Sie die Artikel unserer kleinen „Zeitung“ lesen, bitten wir Sie, dieses Vorwort zu beachten. Wir Unabhängigen setzen unsere Zeit gern und mit Einsatz in der Kommunalpolitik ein, weil es uns Spaß macht, weil wir unser Lebensumfeld mitgestalten wollen und weil wir glauben, dass das gerade hier in Diekholzen sinnvoll und erforderlich ist. Wir treten weiterhin für Transparenz und öffentliche Diskussionen ein. Wir informieren mit dieser Zeitung ausführlich über die Geschehnisse in der Gemeinde, die Zeitungsartikel in der Hildesheimer Allgemeinen Zeitung reichen uns als Information der Bürger nicht aus. Wir setzen uns dort ein, wo nach unserer Meinung etwas geändert, ergänzt oder erneuert werden soll. Automatisch erwähnen wir dann, was unserer Ansicht nach nicht in Ordnung ist. Es entsteht so der Eindruck ständiger Kritik, aber das

täuscht. An allem, was wir in Ordnung finden, arbeiten wir nicht und folglich findet das auch kaum Erwähnung. Kritik trifft naturgemäß Verantwortliche, und das ist nicht die Verwaltung als Ganzes, sondern Bürgermeisterin und Rat. Aber eins möchten wir nicht: Wir wollen unsere deutsche Sprache nicht abschaffen und wir wollen unseren Lesern keine Gehirnwäsche zumuten. Unsere Artikel verwenden zwar notgedrungen die neue Rechtschreibung, geschlechtsneutrale Formulierungen ersparen wir uns aber, um ein flüssiges Lesen zu ermöglichen überall da, wo sie uns ungewohnt und umständlich erscheinen. Es gibt in den Worten also keine *, es heißt bei uns „die Idee“ und „die Gelegenheit“, „der Redner“ und „der Politiker“. Dieses ist selbstverständlich keine Diskriminierung! Wir schreiben auch keine gesonderten Artikel für Dicke, Dünne, Große, Klei-

ne, Junge, Alte und so weiter. Wir sprechen grundsätzlich zu allen, ohne sie besonders zu bezeichnen. Eine gesonderte Bezeichnung für Gruppen von Menschen kann man viel eher als Diskriminierung bezeichnen, als eine „normale“ Benennung, mit der natürlich einfach alle gemeint sind. Wir werden uns nicht verbiegen, nicht versuchen allen alles recht zu machen, wir bleiben bei der Wahrheit und Klarheit. Wir sprechen und schreiben also so, wie wir denken und lassen uns unsere Gedanken nicht umerziehen! Wir freuen uns über jeden Leser, wenn jemand unsere Zeitung nicht lesen will, weil er die Sprache nicht akzeptiert, ist das zwar schade, aber natürlich in Ordnung. Redaktionsschluss war der 25.06.2020, aus den folgenden Sitzungen berichten wir beim nächsten Mal.



Regenmengen vom 24.7. bis 26.7.2017



Ungenügende Pflege in der Beuster

Die Diekholzer Affäre

Ende 2019 und Anfang 2020 erlangte die Gemeinde Diekholzen in der Zeitung durch Berichte über diverse Rechtsverstöße traurige Berühmtheit. Die Information der Bürgerinnen und Bürger darüber ist bisher eher bescheiden. Wir wollen dieses Thema deshalb aufgreifen, auch wenn es für viele Beteiligte unangenehm ist, denn wir haben uns zu Transparenz und Offenheit bekannt und werden das einhalten.

Zunächst seien die „harmloseren“ Fälle, nämlich die fortgesetzten Verstöße gegen das Kommunalrecht erwähnt. Alle Aufträge (angeblich seit über 20 Jahren) wurden als so genanntes „Geschäft der laufenden Verwaltung“ vom Bürgermeister bzw. der Bürgermeisterin und nach unserer Erkenntnis auch vom Bauamtsleiter vergeben. Der Vergabebeschluss durch den Verwaltungsausschuss fehlte.

Das ist nicht zulässig. Für die Vergabe von Aufträgen ist grundsätzlich der Verwaltungsausschuss zuständig! (sogenannte Lückenzuständigkeit) Es kann jedoch eine finanzielle Grenze festgelegt werden, bis zu der die Bürgermeisterin Aufträge als Geschäft der laufenden Verwaltung erteilen kann, angemessen wären 10.000 € im Einzelfall. Dies ist aber bis Ende 2019 nie geschehen. Bleibt natürlich die Frage offen, warum niemand dagegen eingeschritten ist, weder seitens der Verwaltung noch seitens des Gemeinderats und wohl auch nicht in angemessener Art und Weise das Rechnungsprüfungsamt des Landkreises.

Nun, ganz so ist es nicht. Bereits seit 2017 gab es Anfragen von Matthias Bludau (SPD) nach Auftragsvergaben und Zuständigkeiten. Die Antwort vom Bauamtsleiter und der Bürgermeisterin lautete: Eine Richtlinie wird kurzfristig erarbeitet. Das ist aber nicht geschehen. In 2019 stellten die Unabhängigen (Christoph Glados) die Anfrage nach der Auftragsvergabe in Zusammenhang mit der überraschenden Sanierung des Fußweges an der Südwaldstraße vor dem Verlegen der Glasfaserleitung anstatt hinterher. Die Antwort der Bürgermeisterin war, dass dieses Geschäft der laufenden Verwaltung sei. Dem ist nicht so. Deutlich kritischer waren die folgenden Verstöße gegen das Vergaberecht. So sollen Ingenieurverträge freihändig ohne Ausschreibung, teilweise sogar

mündlich vergeben worden sein.

Etliche Bauaufträge wurden mit beschränkter Ausschreibung aber nicht den Vorschriften entsprechend, viele freihändig ohne Ausschreibung, einige auch mündlich vergeben. Bei der Prüfung durch das Rechnungsprüfungsamt fielen unter anderem fehlende Nachträge und Nachtragsaufträge, fehlende Abnahmen und fehlende Bürgschaften auf. Mangelnde Bauausführung war darüber hinaus schon öfter Thema in den Diskussionen in der Politik und auch außerhalb. Zusammenfassend war weder die Einhaltung der maßgeblichen Vergabevorschriften und Grundsätze gewährleistet, noch eine sparsame und wirtschaftliche Verwendung der Haushaltsmittel sichergestellt. Rechtsstreitigkeiten und Schadensersatzforderungen sind nicht aufgetreten, sie waren aber zumindest möglich. Vorbeugende Korruptionsprävention hat insoweit nicht wie gesetzlich gefordert stattgefunden. Schadensmöglichkeiten gibt es folglich reichlich, ob Schäden entstanden sind und wenn ja in welcher Höhe ist für uns kaum nachvollziehbar.

Nach der Veröffentlichung des Berichts der Prüfung der Unterlagen aus 2017 durch das Rechnungsprüfungsamt im Dezember 2019 wurde zunächst versucht, das Ganze herunterzuspielen. Einige Ratsmitglieder verharmlosten diese Vorfälle mit der Begründung, dass ja kein Schaden eingetreten sei, die Bürgermeisterin sprach von Hinweisen des Rechnungsprüfungsamtes und davon, dass man überrascht war. Die Hildesheimer Zeitung wurde aufmerksam, weil der zunächst veröffentlichte Bericht wieder aus dem Bürgerinformationssystem verschwunden war. Formal war das zumindest korrekt, über den Bericht sollte nämlich auf Grund von Einsprüchen aus der Politik erst später öffentlich diskutiert werden, da zumindest Unab-

hängige und SPD eine intensivere Auseinandersetzung damit und eine Klärung der Vorfälle gefordert hatten. Gleichwohl war die Wiederherausnahme ungeschickt. Man hätte den Bericht einfach weiter öffentlich zugänglich lassen können. Die Nachfragen einiger Ratsmitglieder, ob es gleichartige Prüfberichte bereits vorher gab, wurden von der Bürgermeisterin verneint.

Am 11. 02.2020 haben wir zur Klärung der Situation beim Rechnungsprüfungsamt und der Kommunalaufsicht nachgefragt. Dort wurde uns mitgeteilt, dass bereits Ende 2015 der Bericht 2011 vom Rechnungsprüfungsamt vorgelegt wurde, der Verstöße offenlegte, die vergleichbar mit den Verstößen aus 2017 sind. Dieser Bericht ist im Internet von der Gemeinde nur auszugsweise ohne die kritischen Bemerkungen in den Prüfberichten veröffentlicht worden. Auch in den per Post verschickten Unterlagen waren zumindest bei unseren Anmerkungen des RPA's nicht enthalten - ein seltsamer Zufall. Laut Kommunalaufsicht wurde nach Vorlage dieses Berichts in 2015 zumindest die Bürgermeisterin und der Bauamtsleiter ausführlich über die Rechtslage belehrt und zur Einhaltung der Rechtsvorschriften aufgefordert.

Wenn das so ist - und da gibt es unsererseits keinen Zweifel -, dann wurde vom Bauamtsleiter und der Bürgermeisterin seit Ende 2015 wissentlich gegen geltendes Recht verstoßen. Wie ist das zu werten und was folgt daraus?

Von all dem erfährt der Bürger fast nichts.

Zur Klarstellung: Die Mitarbeiter der Gemeindeverwaltung mit Ausnahme des Bauamtsleiters und der Bürgermeisterin haben daran keinen Anteil, es gibt nichts, was ihnen vorzuwerfen ist!

Wie diese Geschichte endet, wir wissen es nicht, beschäftigen uns intensiv weiter damit.



Möglicher Standort neue Sporthalle

Das Sportentwicklungskonzept – eine unerwartete Hürde

Ein wichtiger Tagesordnungspunkt in der Sitzung des Ausschusses für Kultur, Jugend und Sport am 8.11.2018 war die Erhöhung des Zuschusses der Gemeinde zur Machbarkeitsstudie Sportplatz in den Sundern von 1.250 € auf 8.000 €, da der angesetzte Betrag bei dem erweiterten Untersuchungsumfang nicht mehr ausreichend war.

Die Studie wurde vom Sportverein in Auftrag gegeben, weil auf diese Weise ein Zuschuss des Kreissportbundes von 5.000 € in Anspruch genommen werden konnte.

Die Bürgermeisterin erläuterte den vergrößerten Untersuchungsumfang und warb dafür, jetzt zuzustimmen, um fundierte Entscheidungsgrundlagen zu erhalten. Claus Kubik stellte die Pflegearbeiten des Vereines kurz vor, insbesondere den Aufwand für die Beseitigung der Maulwurfshügel. Es folgte eine rege Diskussion über die erforderlichen 6.750 € zusätzlich, eine Diskussion, die man sich bei deutlich höheren Summen oft gewünscht hätte. Stefan Günter-Hartmann warnte erneut vor dem Sportentwicklungskonzept, denn da kommen unter Umständen Dinge auf den Tisch, die man gar nicht (wissen) will. Ratsherr Scherbanowitz sieht das Ganze ebenfalls skeptisch, denn es könne ja auch dabei herauskommen, dass es keinen Sportplatz mehr gibt, oder es steht dann eine Ausgabe zur Entscheidung, die man sich nicht leisten könne. Soweit die Stimmen der CDU.

Anmerkung: die Machbarkeitsstudie ist schon mal einstimmig beschlossen worden! Nur der Preis hat sich geändert.

Die SPD hatte ihre Meinung noch nicht gefunden, Martin Küster wollte die 8.000 € lieber in den Sportplatz stecken, die Ausgabe für ein Gutachten könne er nicht verantworten. Mat-

thias Bludau forderte fundierte Grundlagen zur Entscheidung, er unterstützte das Gutachten. Ebenso die Grünen, Claudia Mönner war rund herum dafür, legt den Fokus aber eher auf Untersuchungen für eine Erweiterung der Sportmöglichkeiten/-arten. Gaby Kubik unterstützte vehement den Antrag und würde eine Ablehnung für einen Schlag ins Gesicht der Ehrenamtlichen halten. Auch Christoph Glados von den Unabhängigen forderte fundierte Grundlagen für den Rat zur Entscheidungsfindung ein, die Machbarkeitsstudie sei ergebnisoffen. Der Antrag würde schließlich mit 6 Ja- und 1er Nein-Stimme und im späteren Rat mit 14 Ja- und 2 Nein-Stimmen angenommen.

Michael Ding las die Beschlussvorlage vor und übernahm nach der Abstimmung das Schlusswort. Dabei bezeichnet er die Machbarkeitsstudie als wichtiges Instrument für kommende Aufgaben.

Zwischenzeitlich liegt die Machbarkeitsstudie des SV-Söhre zum Neubau einer Trainingshalle vor. Diese hat die gemeindeeigenen Grundstücke neben der vorhandenen Trainingshalle in Söhre untersucht und festgestellt, dass der Platz ausreichend ist, eine Genehmigung einer reinen Trainingshalle an dem Ort möglich sei, wenn ein entsprechender Bebauungsplan aufgestellt wird, eine Nutzung als Mehrzweckhalle jedoch dort planungsrechtlich vermutlich nicht möglich

sei. Kosten wurden in Höhe von ca. 3,2 Mio € ermittelt. Der Bedarf für eine neue Halle wurde von Armin Breitmeyer plausibel geschildert. Die Ergebnisse der Untersuchung überraschen nicht wirklich.

Zwischenzeitlich war als Alternative eine gegenüber der Fläche Richtung Wald liegende Reithalle ins Gespräch gekommen, die der Sportverein aber zu Recht als ungeeignet ansieht.

Nun werden wir uns mit dem Thema ausführlich befassen und nach einer nachhaltigen und zukunftsweisenden Lösung suchen. Wenn man jetzt über eine neue zusätzliche Halle ernsthaft nachdenkt, die vermutlich überwiegend durch Zuschüsse und die Gemeinde finanziert werden muss, sollte es etwas mit Zukunft und einem Blick voraus in mehrere Jahrzehnte sein. Darum sollten über die Anforderungen und Randbedingungen ausführlich diskutiert werden. Bei einem Kostenvolumen von ca. 3,2 Mio. € von vorne herein eine Mehrzweck- und Wettkampfhalle auszuschließen, erscheint uns zu kurz gedacht. Von der Machbarkeitsstudie hätten wir die Aufzeigung von möglichen Alternativen erwartet.

Die Machbarkeitsstudie des SV Hildesia zum Thema Sportplatz liegt zwischenzeitlich auch vor, konnte aber noch nicht öffentlich im zuständigen Ausschuss vorgestellt werden. Dazu werden wir uns sicher noch ausführlich äußern.

Klimaschutz- und Energieagentur Niedersachsen soll helfen – Zuschüsse werden erwartet

Die Unabhängigen hatten im Vorfeld der Beratungen zu den neuen Baugebieten Bahnberg in Diekholzen und Mühlenberg in Söhre angeregt, dass der Umweltschutz eine größere Beachtung finden soll.

Hierzu sollte die Klimaschutz- und Energieagentur Niedersachsen mit ins Boot geholt werden, auch um auf die diversen möglichen Zuschüsse für Gemeinde und Bauherren zugreifen zu können. Die Unabhängigen hatten

zu dem Thema einen Vortrag der Agentur zu Förder- und Handlungsmöglichkeiten im Gasthof Jörns veranstaltet, zu dem öffentlich eingeladen wurde. Auch die Weitergabe der erhaltenen Unterlagen an die Verwaltungsspitze

führte zu keinem Umdenken. Der daraufhin von der Grünenfraktion vorgelegte entsprechende Antrag wurde im Rat angenommen und beschlossen.

EDV & Telekommunikation aus einer Hand...

gl@dos
EDV-LÖSUNGEN

•HARD- & SOFTWARE
•EDV-SYSTEME & NETZWERKE
•VOR-ORT-SERVICE & REPARATUR
•TELEKOMMUNIKATION- & CLOUD-SERVICES

terra
PARTNER

PREMIUM
PARTNER

Autorisierter
Partnervertrieb
htp
DSL · Telefon · Mobil

Autorisierter
Fachhändler

Asusworld

COMBLOUXSTR. 11 - 31199 DIEKHOLZEN - TEL: 05121-268888 - WWW.GLADOS.DE

Die Presseartikel im Mai

Am 26.5.2020 wurde in der HAZ unsere Presseerklärung zur geplanten Zusammenarbeit zwischen SPD und Unabhängigen veröffentlicht.

In den letzten Monaten und Jahren ist in der Politik in Dieckholzen nicht viel voran gegangen. Große Ankündigungen zum Hochwasserschutz ohne Folgen, ein Baugebiet ohne erkennbares Ergebnis, behindertengerechte Bushaltestellen, über die seit 4 Jahren nur geredet wird, waren unter anderem der Grund für diesen Vorstoß. Die Verwaltungsspitze war mit anderen unerfreulichen Dingen beschäftigt. Zunächst hat unser Kämmerer Herr Laugwitz die Gemeinde verlassen und nun wird das auch noch Herr Dingrun, beide hätten wir gern weiter hier gesehen, ihre Kündigungen sind ein herber Verlust für die Gemeinde. Der Wechsel an der Verwaltungsspitze kostet natürlich Zeit.

Die eintrachtige Reaktion der Bürgermeisterin und der Grünen (veröffentlicht am 29.05.2020) ist inhaltlich schwer nachvollziehbar. Die ewige Leier der Grünen: Man solle mit allen Beteiligten an einem Strang ziehen, nicht die Verwaltung mit Anfragen und Anträgen überhäufen, man zeige unterschwelliges Misstrauen gegenüber der Verwaltung. Dies erweckt einen völlig falschen Eindruck. Wir sitzen nicht im Rat, um mit allen an einem Strang zu ziehen, schon gar nicht mit denen, die gar nicht ziehen oder die keine oder unausgelegene Ideen haben. Wir sitzen im Rat, um unsere Ideen einzubringen und zu diskutieren und das Ergebnis der Diskussion zu beurteilen und abzuwägen, um die möglichst beste Lösung auch im Gespräch mit den Bürgerinnen und Bürgern zu suchen.

Wir überhäufen die Verwaltung nicht mit Anträgen und Anfragen, sondern es gibt jetzt einige. Offensichtlich ist das für diese Gemeinde bisher unüblich, seltsam.

Die Bürgermeisterin lobt die Finanzen der Gemeinde, dank derer Steuererhöhungen kein Thema in Dieckholzen seien. Sie erläutert wie schnell angeblich alles voran geht und das trotz stetig steigender Ansprüche auch durch die Politik.

Es ist schön zu hören, dass die Bürgermeisterin nun keine Veranlassung sieht, über Grund- und Gewerbesteuern nachzudenken. Das sehen wir auch so. Nur klang das vor kurzer Zeit völlig anders, da hat sie nämlich klar gesagt, dass in nächster Zeit über die Erhöhung genau dieser Steuern nachgedacht werden müsse.

Schlimmer wird dann noch der Kommentar der CDU (HAZ 03.06.2020), genauer gesagt des Fraktionsvorsitzenden. Er spricht davon, dass das Rathaus sturmreif geschossen werden soll, das das Ganze auf dem Rücken der Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ausgetragen wird, das es der Gemeinde nur wegen der guten Arbeit der Verwaltung und dem Miteinander von Rat und Verwaltung so gut geht, letztere natürlich nur zu Zeiten der CDU-Mehrheit.

Schon die Ausdrücke in letzterem Kommentar zeigen dem aufmerksamen Leser, was wirklich in der Politik los ist. Von Miteinander keine Spur, da einige wenige keine Gelegenheit auslassen, den jeweils anderen anzugreifen. Keine dieser Äußerungen ist begründbar. Dieckholzen geht es deswegen

so gut, weil die Gemeinde hohe Einnahmen aus Gewerbesteuer und Lohnsteueranteilen der Bürger hat. Der Schuldenstand ist allein nicht maßgebend. Sporthallen und Schulen sind in die Jahre gekommen, es gibt keine Entwicklungsplanung; keine Idee, wann und wo investiert werden soll, der Zustand der Gebäudesubstanz wird zunehmend schlechter. Das ist in die Betrachtung mit einzubeziehen. Und nun eine Klarstellung zum Verhältnis/-Umgang Verwaltungsmitarbeiter und Unabhängigen. Unsere Kontaktpersonen und Ansprechpartner in der Verwaltung sind zuerst die Bürgermeisterin und danach die übrige Verwaltungsspitze, nicht die weiteren Mitarbeiter. Das steht uns nämlich nicht zu. Wir sind nicht Verwaltungsführung, das ist nun mal allein Aufgabe der Bürgermeisterin. Wir haben definitiv kein Problem oder keine Reibung mit den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern, sondern gehen davon aus, dass sie eine ordentliche und gute Arbeitsleistung erbringen, folglich gibt es auch kein Misstrauen gegenüber den Mitarbeitern. Unsere Aufgabe ist es lediglich neben der Gestaltung der politischen Entscheidung die Verwaltungsspitze zu kontrollieren. Hätte der Rat das in den letzten Jahrzehnten getan, hätte es die rechtlichen Verstöße bei den Auftragsvergaben nicht gegeben.

Abrisskosten der Obdachlosenunterkunft Söhre schnellen in die Höhe

Die massive Kostensteigerung für den Abriss der Obdachlosenunterkunft in Söhre sorgte im Rat für Diskussionen.

Peter McGovern (Unabhängige) monierte besonders, dass der Rat hierüber seit August 2019 nichts erfahren hätte. Im Haushalt waren hierfür 75.000 € eingestellt (80 % Zuschuss durch Fördermittel). Nun belaufen sich die Kosten auf 118.000 €. Ein Defizit von über 40.000 €, den die Gemeinde (Steuerzahler) jetzt tragen muss, da sich

die Zuschüsse nur nach der angesetzten Summe richten. Von der Kostensteigerung von über 50% erfuhr der Rat nicht rechtzeitig, sondern erst nach Abschluss der Baumaßnahmen. Hierzu erklärte Bürgermeisterin Birgit Dieckhoff-Hübinger, dass die Kosten für die Abrissmaßnahmen unvorhersehbar stark gestiegen seien, so dass die da-

malige Kostenkalkulation nicht mehr zu halten gewesen sei. Gleichwohl habe man das Gebäude abreißen lassen müssen. Das letzte Hochwasser habe dem ohnehin verfallenen Gebäude den Rest gegeben. Nun ja, hätte die Planung gepasst, hätte die Gemeinde über 30.000 € mehr Zuschüsse erhalten.

Fünf Jahre sind fast um...

Nächstes Jahr ist schon wieder Kommunalwahl! Das heißt für uns: wir sind dann 5 Jahre älter als beim letzten Mal!

Wer hat uns diese 5 Jahre weggenommen? Wo sind sie geblieben? Haben wir sie wenigstens sinnvoll eingesetzt? Fangen wir an nachzudenken, erscheinen endlose Fragen in dem Oberstübchen.

Bleiben wir mal bei der Kommunalpolitik: Was haben wir erreicht? Wieso nicht mehr? Warum machen wir weiter? Einige Antworten sind sofort verfügbar: Dieckholzen (gesamte Gemeinde) ist ein lebenswerter Ort. Alles gut und schön? Nein, nicht alles. Ein Fußweg wird saniert, kurz bevor (und nicht nachdem) eine Glasfaserleitung verlegt wird, man jubelt über niedrige Verschuldung, aber die Sportstätten sind 40, 50 und über 60 Jahre alt, permanenter Schimmel im Clubhaus im Sundern nach der fehlerhaften Sanierung 2016 und diverse andere Bauten, die einfach in die Jahre gekommen sind. Auch die Schulen und Kindergärten habe ihre beste Zeit hinter sich

und der Bedarf steigt, mehr Betreuungzeiten, Ganztagschule, Mensa, eine Entwicklungsplanung gibt es nicht, Visionen auch nicht, in dieser Gemeinde wird saniert und saniert, im Gemeinderat wird die niedrige Verschuldung und gute Haushaltsführung gelobt, Nachdenken über Neues und Veränderungen findet nicht statt.

Die Klimaveränderung ist da, auch wenn sie keiner will. Mit dem Betrieb einer unwirtschaftlichen Holzackschnitzelheizung, Austausch einiger Leuchtmittel auf LED und ein bisschen Photovoltaik ist die Gemeinde nicht umweltfreundlich und modern. Die Zinsen sind auf einem Tiefstand, die Gemeinde könnte jetzt die Weichen für die Zukunft stellen. Zwei neue Baugebiete sollen entstehen, es war ein Kraftakt, die Einbeziehung der Klimaschutzagentur zu erreichen. Das Sportentwicklungskonzept hat Wünsche, Be-

dürfnisse und Ideen aufgezeigt, wir wollen daran weiter arbeiten unter Einbeziehung aller, die auch schon bisher mitgedacht haben. Aber das reicht nicht, ein Gemeindeentwicklungsprogramm oder wenigstens die intensive Auseinandersetzung mit der Entwicklung der Gemeinde ist erforderlich. Wie sollen die Sportstätten, Schulen und Kindergärten in 10, 20, 30 Jahren aussehen? Was ist das Ziel? Wie kommt man da hin? Jetzt nachdenken und diskutieren um keine Wege für die Zukunft zu verbauen.

Es gibt also Vieles zu Bedenken und zu erledigen, aber das ist nicht schlimm, sondern normale Aufgabe für Rat und Verwaltung.

Jeder, der an der Entwicklung interessiert ist, ist bei uns gern gesehen, um seine Vorstellungen und Ideen einzubringen oder mitzuarbeiten. Nur gemeinsam ist etwas Gutes erreichbar.

Maßnahmenprogramm 2019 / 2020

Die Gemeinde legt dem Rat ein sogenanntes Maßnahmenprogramm zum Haushalt vor, in dem die angedachten Investitionen, Ersatzbeschaffungen und besondere Reparaturen aufgeführt sind.

Die daraus mehrheitlich beschlossenen Maßnahmen fließen in den Haushalt ein und sollen durchgeführt werden. Allerdings hat die Verwaltung das Programm in der Vergangenheit nur als Anhalt betrachtet und die beschlossenen Maßnahmen durchgeführt oder auch nicht. Dieses Mal wird das allein auf Grund der unvorhersehbaren Personalprobleme in der Verwaltungsspitze genau so sein, damit sind wir auch einverstanden und schließen uns der Idee der SPD an, eine Prioritätenliste zu er-

stellen und noch abzustimmen. In Zukunft verlangen wir einen grundsätzlich anderen Umgang mit den geplanten Maßnahmen. 2019 und 2020 waren zum Beispiel 60.000 € für die Umrüstung der Lampenköpfe der Straßenbeleuchtung in Söhre auf LED vorgesehen. Eine Maßnahme, die wir grundsätzlich unterstützen. Bereits 2019 wurde uns auf Nachfrage vom Bauamtsleiter mitgeteilt, das Fördermittel, die grundsätzlich bei Maßnahmen zur energetischen Sanierung zur Verfügung stehen, bei dieser

Maßnahme nicht erhältlich seien, weil die in Söhre zurzeit eingesetzten Lampen dafür bereits zu umweltfreundlich sind. Auf weitere Nachfrage konnte die mit der jetzt vorgesehenen Maßnahme zu erzielende Einsparung beim Stromverbrauch und damit die Amortisationsdauer nur mit einem Achselzucken beantwortet werden. Trotzdem gab es jetzt in 2020 einhellige Zustimmung, aber nicht von uns. Wir haben gefordert, vorher die mögliche Energieeinsparung zu ermitteln.

Barienrode und Egenstedt

In dieser Ausgabe scheint Egenstedt und Barienrode irgendwie zu kurz zu kommen. Das täuscht.

Jedes Thema, das mit Finanzen der Gemeinde, der Politik oder der Gemeindeverwaltung zu tun hat, geht alle etwas an, die Barienroder und Egenstedter genauso wie die Söhre und Dieckholzer.

Schule, Kindergarten, Sporthalle und Feuerwehr wird auch für

Barienrode ein Thema werden, die Frage ist nur wann. Für zukünftiges Zusammenleben von Sport und Vereinen gilt dasselbe. Wir hoffen (und haben gefordert), dass die Arbeiten im Mehrzweckraum in Egenstedt, die nun schon 4! Jahre im Maßnahmenprogramm angekündigt

werden, in 2020 endlich abgeschlossen werden.

Selbstverständlich freuen wir uns auch, wenn wir in unserer Gesprächsrunde am Mittwoch den einen oder anderen Barienroder oder Egenstedter begrüßen können.

menniger+kiss
heizung · bad · service
31199 dieckholzen · heideweg 1
www.menniger-kiss.de

Stefan Horwath
Tischlermeister

- Parkett - Reparaturservice
- Küchen - Rollläden + Plissees
- Möbelbau - Fenster + Haustüren
- Holzterrassen - Planung + Beratung

0171-9585220
Hildesiaweg 5 / 31199 Dieckholzen
Tel.: 05121 - 298 259 / www.tischlerei-horwath.de

Landschlachtere
Tolle & Kroll

Landschlachtere Tolle & Kroll GmbH
Marienburger Straße 12 · 31199 Dieckholzen
Telefon: 0 51 21 - 26 48 60
post@landschlachtere-tolle-kroll.de
www.landschlachtere-tolle-kroll.de

Söhre – Feuerwehrgerätehaus und Baugebiet

Angeregt durch unsere Diskussion über zukünftige Baulandentwicklung in der Gemeinde Diekholzen brachten Bürgermeisterin und CDU blitzartig ein neues Baugebiet in Söhre in die Diskussion.

Die Informationen erfolgten am 09.09.19 mit Hilfe zweier Zeichnungen „Am Mühlenberg“, der Beschluss am 17.09.2019 im technischen Ausschuss, am 26.09.2019 im Rat. Eine Bedarfsermittlung erfolgte leider vorher nicht, hier waren klar politische Motive im Vordergrund: Wer tut etwas für Söhre. Begründet wurde das Erfordernis des Baugebietes damit, dass der vorhandene Kindergarten in Zukunft nicht mehr ausreichend nachgefragt wird, wenn nicht durch Neubaugebiete junge Familien mit Kindern nach Söhre geholt werden. Diese Begründung ist falsch! Kindergärten haben so gestaltet zu werden, dass sie dem Bedarf entsprechen, nicht umgekehrt. Ein Baugebiet für die Söhre, die einen Bauplatz in ihrem Ort suchen, ist dennoch sinnvoll. Eine Bedarfsermittlung wäre hilfreich gewesen, eine ausführliche Abwägung von Ort und Größe auch, denn es gab mehrere Möglichkeiten und diese ist nicht zwingend die Beste, aber das war politisch nicht gewünscht, der kurzfristige „Erfolg“ sollte her.

Als weiterer Grund für dieses Baugebiet wurde angeführt, dass die Gemeinde damit sicher Geld verdienen kann, zumal das Grundstück ihr gehört. Natürlich ist es richtig, angemessene Grundstückskosten bei der Vermarktung anzusetzen, Geld verdient man damit noch nicht. Es ist auch nicht Aufgabe der Gemeinde, mit Bauplätzen Geld zu verdienen, es ist Aufgabe den Bürgern zu ermöglichen, sich mit angemessenen Kosten Wohnraum zu schaffen. Die Vorteile der Gemeinde liegen dann in dem Zuwachs der Bevölkerung und damit in der Steigerung der Einnahmen durch Schlüsselzuweisung und Lohnsteueranteil.

Etwa zeitgleich wurde ein Standort für ein neues Feuerwehrgerätehaus gesucht und als favorisierter Vorschlag die Wiese an der Beuster gegenüber Himmelreich am Ortsausgang Richtung Marienburg



ausgewählt. Alternativ wurde ein Standort im neuen Baugebiet Mühlenberg ins Gespräch gebracht, auch mit dem Argument, dass man dort zukünftig die Feuerwehr Barienrode mit unterbringen könne.

Völlig klar und verständlich, dass sich die Feuerwehr gegen den letztgenannten Vorschlag aussprach und mit großem Einsatz den Erstgenannten einforderte. Das haben wir dennoch abgelehnt, weil es von Anfang an klar war, dass im Überschwemmungsgebiet und besonders im Naturschutzgebiet kein Feuerwehrgerätehaus genehmigungsfähig ist. Der Vorschlag der Gemeinde und Wunsch der Bürgermeisterin und des Bauamtsleiters ist schon deswegen nicht nachvollziehbar, weil eine teilweise Nutzung von Überschwemmungsgebieten für öffentliche Bauten in Anbetracht einer steigenden Hochwassergefahr nun wirklich nicht vorbildlich ist. Zusätzlich ist das komplette Baufeld seit 06.12.2018 das Naturschutzgebiet 078 des Landkreises Hildes-

heim. Die Gemeinde hat dazu Stellung genommen und ist darüber natürlich informiert. Die Veröffentlichung des Gebietes ist erfolgt. Unverständlich, dass die Verwaltung dieses Gelände trotzdem als Baufläche einplant und vorschlägt und die Feuerwehr dadurch irritiert anstatt aufzuklären und gemeinsam Lösungen zu suchen.

Auch die gegenteiligen Behauptungen (siehe Protokoll Ratssitzung vom 26.09.2019 Punkt 11), dass der Standort an der Beuster realisierbar wäre, da die Errichtung baulicher Anlagen zwar verboten ist, aber eine Befreiung von den Verboten gewährt werden kann, ist nicht richtig. Dieses ist nämlich nur dann möglich, wenn eine andere Lösung – also ein Bau an anderer Stelle – unmöglich ist. Der Bau an anderer Stelle ist möglich. Weiter wird behauptet, dass bei einem entsprechenden Ratsbeschluss von der Gemeinde ein Antrag von der Befreiung von den Bauverboten gestellt worden wäre und damit die Diskussion über den

vorgeschlagenen Standort an der Beuster berechtigt war. Im Sinne einer vernünftigen Zusammenarbeit wäre es sinnvoll gewesen, einfach mal den Fehler zuzugeben und sich bei der Feuerwehr dafür zu entschuldigen anstatt verzweifelt jeden

Fehler in Abrede zu stellen. Unabhängig vom Bau des Söhreer Feuerwehrgerätehauses im Baugebiet Am Mühlenberg lehnen wir eine Zusammenlegung mit der Feuerwehr Barienrode strikt ab. Ob der gewählte Standort tatsächlich der geeig-

nete ist, bleibt dahingestellt. Eine ergebnisoffene Suche hat nicht stattgefunden, sondern es wurde zwischen altem Standort (leider zu kleine Fläche) und den beiden erwähnten entschieden.



Blick von Barienrode auf das Baugebiet



Feuerwehr Diekholzen



Feuerwehr Söhre, der Vergleich zeigt den Handlungsbedarf

Planungen zur neuen „Ortsmitte“ in Söhre, ehemals Alte Schmiede

Es soll ein schöner Ort entstehen, der den Söhreer Bürgern in der Ortsmitte auf dem Grundstück der ehemaligen „Alten Schmiede“ gebaut wird.

Idyllisch an der Beuster gelegen soll hier in der Dorfmitte ein Platz entstehen, der zum Ver-

weilen oder auch zum Feste feiern einlädt, soweit es die Fläche hergibt.

Den Wünschen etlicher Söhreer Bürger folgend, haben die Unabhängigen am 26.12.2019 einen

Antrag gestellt, finanzielle Mittel in den kommenden Haushalt einzustellen, um dort neben den vorgesehenen Bänken und Begrünungsmaßnahmen eine Boulebahn einzuplanen und zu bauen.

Gleichzeitig wurde beantragt, wenn machbar, den Söhreer Maibaum seiner alten Stelle an den Flaschencontainern zu entnehmen und auf der „Neuen Mitte“ wieder aufzustellen. Wenn für das Neubaugebiet wie geplant eine Zuwegung direkt am Maibaum vorbei führen wird, ist eine Verlegung schon aus Platzgründen sinnvoll.

Boulebahn und Maibaum würden den Platz gestalterisch betrachtet aufwerten und sicherlich dazu beitragen, dass das Grundstück künftig für Gemeinschaftsveranstaltungen aber auch für einzelne Besucher attraktiv wird. Das Thema wurde bereits am 26.11.2019 von den Unabhängigen im Rahmen der Sitzung des Jugend-, Kultur- und Sportausschusses thematisiert.

Am 09.06.2020 hat der Ausschuss für Technik und Umwelt das Thema beraten. Zwischenzeitlich gab es eine vermutlich vom Ortsvorsteher einberufene Sitzung mit den Söhreer Vereinen

und der CDU und der Bürgermeisterin. Andere Parteien waren nicht eingeladen. Angeblich wurde die Boulebahn aus Gründen der Sicherheit und der Lärmbelästigung durch den Verkehr an dieser Stelle abgelehnt, Maibaum und Jahresstein sollen dorthin verlegt, Sitzgelegenheiten aufgestellt und einige Parkplätze für die Arztpraxis geschaffen werden. Es wurde beschlossen, einen Entwurf fertigen zu lassen. Unser Antrag zum Bau einer Boulebahn erhielt keine Mehrheit.



Die Fläche nach dem Abriss

Bahnberg – das neue Baugebiet in der Ortschaft Diekholzen

Der Bahnberg ist ein wunderschönes Baugebiet in herrlicher Hanglage mitten im Grünen, zentral am Ortskern Diekholzen mit Einkaufsmöglichkeit, Schule und Gemeindeverwaltung gelegen. Einfach zu realisieren ist die Bebauung dort aber nicht.

Es fing gut an, der damalige Eigentümer Landkreis Hildesheim beauftragte die KWG einen Architektenwettbewerb durchzuführen. Es gab 6 Entwürfe. Der Siegerentwurf wurde nach diversen Kriterien zur weiteren Bearbeitung ausgewählt. Der Entwurf wies nach einhelliger Meinung der beteiligten Diekholzer Bürgermeisterin Birgit Diekhoff-Hübinger, Ratsherr Dr. Martin Federowski (CDU) und Kreistagsabgeordneter Uwe Steinhäuser (Unabhängige), eine zu dichte Bebauung aus, dass wollte die KWG mit der Gemeinde noch abstimmen.

Es ist für die Gemeinde kein Problem, das im Bebauungsplan über die Grundflächenzahl (z.B. GRZ 0,3 = 30 % der Grundstücksfläche dürfen überbaut werden) zu regeln, also GRZ möglichst klein – wenig Bebauung. Eine weitere Vorgabe macht die Geschossflächenzahl, die die Größe der gesamten Nutzfläche auf einem Grundstück beschränkt, also zusätzlich eine Begrenzung der Geschosse festsetzt. (z.B. GFZ 0,8 -> Grundstück 500 qm, 400 qm Flächen möglich, also 2 Geschosse mit je 200 qm). Insofern ist eine Einigung zwischen Grundstückseigentümer/-Investor und Gemeinde immer

erforderlich, um letztendlich zu einer Bebauung zu kommen. Die Gemeinde hatte sehr viel Zeit, eine Bebauungsplanänderung auf den Weg zu bringen. Bereits in 2015 haben die Unabhängigen beantragt, sich des Themas anzunehmen und erneut am 18.4.2016 und am 26.07.2016. Leider ist die Gemeinde nicht wirklich tätig geworden und der Rat hat das nicht aufgegriffen. Ende November 2018 musste es dann innerhalb weniger Tage gehen, ein Entwurf des Bebauungsplanes wurde erstellt. Dieser wich von den bereits erstellten Vorschlägen aus dem Architektenwettbewerb ab. Diese Abweichung gab der Gemeinde die Möglichkeit, das Vorkaufsrecht wahrzunehmen, nach vorne gebracht hat uns das nicht. Der Entwurf ist in unseren Augen völlig untragbar. Als netto Bebauungsfläche stehen dank des großzügigen Waldabstandes und der Anreihung von an dieser Stelle 5-6 Regenrückhaltebecken nur etwas über 20.000 qm von 55.000 qm zur Verfügung. Das wäre eine Flächenverschwendung und würde die Grundstückskosten sinnlos in die Höhe treiben. 20-25 Bauplätze sollen es nun werden, über das angedachte Argument redet erst mal keiner. Der

Kaufpreis des Baulandes sollte für alle erschwinglich sein, auch Reihenhäuser und ein paar Mehrfamilienhäuser waren geplant. Nach dem letzten Entwurf der Gemeinde (technischer Ausschuss 17.09.2019) sah das anders aus.

Die KWG hatte Herbst 2019 als Baubeginn eingeplant, jetzt sind wir mit der Planung des Baubeginns schon 2021 und wer weiß, was noch passiert. Aber wir haben die Kurve gekriegt, denn wir sind nicht die Einzigen, die erkannt haben, dass wir das Ruder herumreißen müssen. Der Gemeinderat hat nach vielen Diskussionen beschlossen, die Entwicklung des Bahnbergs nun doch nicht in eigener Regie durchzuführen, eine sinnvolle Entscheidung. Die Gespräche werden gemäß Beschluss nun zuerst mit der KWG geführt, an der ist die Gemeinde schließlich auch beteiligt. Das hätte man einfacher haben können.

Wir gehen davon aus, dass nun die Themen, die zu einer nachhaltigen Entwicklung gehören, wieder in den Fokus kommen. Dazu gehören unter anderem ein Energiekonzept, ökologisch sinnvolle Baustoffe, Wassermanagement und vieles mehr. Damit das Ganze für die zukünftigen Bewohner bezahlbar



Aufteilung der Fläche Bahnberg, nur rot sind Baubereiche

bleibt, muss natürlich auch der grundsätzliche vorgeschriebene 30 m Abstand der neuen Bebauung zum angrenzenden Wald auf den Prüfstand und nicht einfach so akzeptiert wer-

den. Ausnahmen sind nämlich möglich und die vollständige Ausnutzung des Grundstücks im Sinn des sparsamen Flächenverbrauchs zwingend erforderlich.

Fazit: Es ist Aufgabe der Politik Fehlentwicklungen zu verhindern. Wir hoffen, dass das an dieser Stelle gelingt.

Söhreer Fahrbahnverschwenkung (in abgespeckter Form) kommt nun doch

Jahrelanger Einsatz der Unabhängigen wird doch belohnt. Der Gemeinderat hat in seiner Sitzung am 12.12.2019 entschieden, dass die Gemeinde die Kosten für den Bau einer Verkehrsinsel mit Fahrbahnverschwenkung am östlichen Ortseingang von Söhre übernehmen soll.



Eine Möglichkeit, die zur Zeit in der Verwaltung im Gespräch ist

Die Unabhängigen hatten den Umbau der Straße am Ortseingang bereits vor 5 Jahren im Rahmen der Kommunalwahl- und Bürgermeisterwahlen auf ihrer Agenda gehabt und ins Spiel gebracht.

Immer wieder unternahmen die Unabhängigen über den Gemeinderat und die Kreisverwaltung ihre Vorstöße zum Bau der Verschwenkung. Letztendlich hatte die Kreisverwaltung eine Genehmigung für das Vorha-

ben in Aussicht gestellt, auch wenn diese die Verkehrsinsel selbst nicht für nötig hält und daher als Träger der Straße nicht selbst finanziert.

Fraktionsvorsitzender Christoph Glados brachte im Namen der Unabhängigen die Argumente der Befürworter auf den Punkt: „Wir müssen irgendetwas tun, um am Ortseingang Tempo herauszunehmen und die Rennstrecke zu entschärfen“, sagte er. „Seit fünf Jahren reden

wir darüber. Das ist jetzt vielleicht die letzte Chance.“ (Quelle Teilzeit: HiAZ 14.12.2019) Die Kreisverwaltung hält damit eine alte den Unabhängigen schriftlich gegebene Zusage ein. Die Zusage gilt allerdings nur für die eine Stelle. Zur Erreichung dieser Genehmigung waren 9 Gespräche von den Unabhängigen mit dem Landkreis erforderlich, aber es hat sich gelohnt. Zusammen mit den Fraktio-

nen der SPD und den Grünen stimmte der Rat für das Projekt. Leider konnte sich die CDU Fraktion nicht dazu entschließen, die Fahrbahnverschwenkung an der vorgesehenen Stelle mit zu tragen. Pläne zur Gestaltung werden mit dem Landkreis zur Zeit abgesprochen.

„Damit es weitergeht...“

Christoph Glados übergibt Fraktionsvorsitz an Uwe Steinhäuser

(CG) Dem ein oder anderen Leser kommt dieser Satz vielleicht bekannt vor. Man möchte damit zum Ausdruck bringen, dass Veränderungen anstehen, aber das bisher geleistete richtig war und fortgesetzt werden soll. So soll es auch mit der Aufgabe des Fraktionsvorsitzenden der Unabhängigen sein, den ich zum 25.6.2020 an Uwe Steinhäuser auf eigenen Wunsch übergeben habe. Die meisten unserer Leser wissen, dass ich nicht nur in der Kommunalpolitik ehrenamtlich tätig bin, sondern auch als Vorsitzender des Fördervereins der Pfadfinder. Die berufliche Tätigkeit als selbstständiger Unternehmer in der EDV-Branche reicht schon mehr als vollkommen aus, um die Freizeit auf ein Minimum zu reduzieren. Wenn man dann merkt, dass man seine Aufgaben nicht mehr zu 100% erfüllen kann, muss man verantwortlich handeln und nicht wie in der Politik vielfach üblich an seinem Posten kleben, sondern frühzeitig das Ruder übergeben, um das Schiff auf Kurs zu halten. Sie haben in den letzten Jahren und insbesondere den letzten Monaten in der Presse einiges lesen können. Dort ist vieles in Zusammenhang mit dem unermüdlichen Engagement der gesamten Fraktion der Unabhängigen geschrieben worden, ob immer objektiv und zu 100%



Uwe Steinhäuser

richtig lasse ich unkommentiert. Was aber zweifelsohne richtig ist, dass es sehr, sehr viel politische Arbeit zu erledigen gab und gibt, damit an vielen Stellen genau eins nicht passiert: „Damit es so weitergeht“. Was mir aber besonders am Herzen liegt und ich an dieser Stelle klarstellen möchte, ist der öffentliche Vorwurf der CDU und der Grünen, das die Unabhängigen Politik auf dem Rücken der Verwaltungsmitarbeiter in der Gemeinde Diekholzen machen würden. Das ist nicht wahr und das weise ich entschieden zurück. Uns war und ist bewusst, dass wir ganz hervorragende und engagierte Mitarbeiter in unserer Verwaltung und unserem Bauhof haben, die sich natürlich mit ihrer Arbeit identifizieren und sich über unschöne Presseartikel sicherlich nicht freuen. Leider lässt



Christoph Glados

sich politische Arbeit ohne Einreichen von Anträgen und auch unbequemen Nachfragen, wenn etwas nicht richtig läuft, nicht durchführen. Wenn einem alles egal ist und einfach durchgewunken wird, muss man natürlich nicht viel nachfragen und Anträge einreichen. Anträge und Anfragen machen aber leider Arbeit, insbesondere in der Verwaltung. Ich möchte mich daher im Namen der gesamten Fraktion der Unabhängigen ausdrücklich dafür bei den Mitarbeitern der Verwaltung bedanken. Ich bin mir sicher, dass ein jeder Mitarbeiter dieses genau einzuschätzen vermag. Sollte der Wunsch entstehen mit uns zu reden, auch wenn es für „uns“ un bequem ist, sprechen Sie uns an, dafür sind wir da und wir können damit gut umgehen.

Der Blick nach vorn

Kernpunkte und die Zusammenarbeit mit der SPD

Folgende Kernpunkte haben wir uns für die nächste Zeit als Ziel gesetzt:

- Die Baugebiete in Diekholzen und Söhre schnellstens unter Beachtung von Klimaschutz und Wasserhaushalt weiterentwickeln
- In Söhre die Fahrbahnverschwenkung und die Gestaltung Ortsmitte nun zu Ende bringen
- Die Diskussionen über die Sportentwicklung intensiv fortzuführen, machbare Lösungen und Wege suchen
- Wir wollen immer noch eine Verbreiterung der Beuster im letzten Abschnitt in Diekholzen, ebenfalls die Verwirklichung der für Söhre angedachten Hochwasserschutzmaßnahmen
- Wir werden weiterhin über alle kommunalen Gemeindefragen berichten und auf die Information der Öffentlichkeit achten

Eine Zusammenarbeit mit der SPD erscheint uns sinnvoll, um die Dinge nach vorn zu bringen. Am 25.05.2020 wurde folgende Presseerklärung von der SPD und den Unabhängigen an die HAZ gesandt:

Unabhängige und SPD Diekholzen vereinbaren Zusammenarbeit

Die Fraktionen der Unabhängigen und der SPD haben sich Mitte Mai zusammengesetzt, um den Stillstand in Diekholzen zu beenden. Hierfür sind Mehrheiten

im Gemeinderat erforderlich und so kam man ins Gespräch. Nach einigen Turbulenzen in der Gemeinde sind sehr wichtige Themen, wie zum Beispiel die Baugebiete Mühlenberg Söhre und Bahnberg Diekholzen wieder voranzutreiben. Die Kommunalpolitik muss sich jetzt den dringenden Aufgaben stellen. Die Mitglieder beider Fraktionen waren sich darüber einig, dass die beiden geplanten Baugebiete zügig weiter entwickelt werden müssen. So soll für das Baugebiet Söhre aufgrund der vakanten Stelle der Bauamtsleitung aus Sicht der SPD und der Unabhängigen ein öffentlich rechtlicher Bauträger eingesetzt werden, der die Planung und Erschließung übernimmt und verlorene Zeit aufholt. Bauland zu angemessenen Preisen, gerade auch für junge Familien aus der Gemeinde Diekholzen muss hierbei das Ziel sein. Auch das im Jahr 2017 begonnene Sportentwicklungskonzept und der seit Jahren geplante behindertengerechte Ausbau der Bushaltestellen müssen dringend weiter bearbeitet werden. Da die Gemeinde Diekholzen sich für die Abwicklung von Bauvorhaben zusammen mit anderen Gemeinden und dem Landkreis an der kommunalen Gesellschaft - GKHI beteiligt hat, sollte die Planung und der Neubau des Feuerwehrhauses Söhre aus Sicht der Fraktionen auch von der GKHI durchgeführt werden. Darüber hinaus fordern die Fraktionen den An-

schluss der Gemeinde Diekholzen an die gemeinsame Vergabestelle beim Landkreis Hildesheim, um zukünftig rechtssichere Vergaben im Rathaus sicher zu stellen.

Jeder, der Interesse an einer sachlich orientierten Kommunalpolitik für die Bürgerinnen und Bürger in der Gemeinde Diekholzen hat, ist herzlich willkommen mitzuarbeiten.

Die angestrebte Veröffentlichung unserer Presseerklärung im „Der Diekholzener“ dem amtlichen Mitteilungsblatt der Gemeinde Diekholzen, wurde von der Redaktion abgelehnt. Von den Verantwortlichen erfuhren wir, dass es nach Rücksprache mit Frau Dieckhoff-Hübinger nicht möglich sei, die Presseerklärung zu veröffentlichen. Laut Vereinbarungen mit der Gemeinde können nur Artikel von Vereinen und Verbänden ohne politischen Inhalt berücksichtigt werden. Das scheint neu zu sein. Insbesondere dürfen sie den Gemeindefrieden nicht stören. Die letzte Entscheidung dazu trifft die Bürgermeisterin. Am 15.6. untersagte die Bürgermeisterin ab sofort jegliche politische Berichterstattung im Diekholzener und änderte die bestehende Vereinbarung dahingehend ab. Im Rat wurde dass dann von ihr mitgeteilt – Pressezensur in Diekholzen. Wir werden uns die Vereinbarung anschauen.

Warum so spät?

Das Erscheinen des letzten Unabhängigen ist weit über ein Jahr her, wir haben geschwächelt.

Die Politik hat uns viel stärker, als gedacht beansprucht, die Zeit war knapper, als gewünscht. Viele Bürgerinnen und Bürger haben uns darauf angesprochen. Wir verstehen den Wunsch, um-

fassend informiert zu werden und kommen dem jetzt nach. Freuen würden wir uns über Kritiken, positive wie negative, damit wir darauf reagieren können. Unsere Gesprächsrunde für interessierte

Bürger an jedem ersten Mittwoch im Monat ab 18:00 Uhr im Gasthof Jörns findet weiterhin statt, sobald es wieder möglich ist. Gern begrüßen wir Sie dort.

Die Unabhängigen im Landkreis Hildesheim - Adressen

Allein können wir Diekholzer Unabhängigen im Kreis nichts bewegen, deshalb haben wir uns mit Unabhängigen zu einem Kreisverband zusammengeschlossen, die so denken wie wir.

Fraktion im Kreistag

Bischof-Janssen-Straße 31
31134 Hildesheim
unabhaengige@landkreishildesheim.de

Landkreis Hildesheim

Heideweg 1
31199 Diekholzen
landkreis@u-hi.de

Alfeld

An der Wolfseiche 4
31061 Alfeld · alfeld@u-hi.de

Bockenem

Wasserstraße 22
31167 Bockenem
bockenem@u-hi.de

Diekholzen

Heideweg 1
31199 Diekholzen
diekholzen@u-hi.de

Elze

Friedrich-Haarstick-Str. 3
31008 Elze · elze@u-hi.de

Freden

Alte Burgstraße 22
31084 Freden
freden@u-hi.de

Giesen

Gartenstraße 14
31180 Giesen
giesen@u-hi.de

Harsum

Im Knick 9
31177 Harsum
harsum@u-hi.de

Hildesheim

Falkenstraße 1
31139 Hildesheim
info@unabhaengige-hildesheim.de

Nordstemmen

Neustadt 23
31171 Nordstemmen
nordstemmen@u-hi.de

Sarstedt

sarstedt@u-hi.de

Sibbesse

Schäferstraße 6
31079 Eberholzen
eberholzen@u-hi.de

Söhlde

Wilhelm-Busch-Straße 27
31185 Bettrum
soehldede@u-hi.de

Der Umgang mit vertraulichen interfraktionellen Sitzungen

Die geplante interfraktionelle und vertrauliche Sitzung am 28.5.2020 wurde nach diversen Absagen nicht durchgeführt. Eines unserer Mitglieder (Uwe Steinhäuser) begründete die Absage so:

„Die Verhandlungen kommunaler Vertretungskörperschaften (Kreistage, Stadt- und Gemeinderäte, Ortschaftsräte) sind bis auf wenige Ausnahmen grundsätzlich öffentlich abzuhalten. Das Prinzip der Öffentlichkeit gehört zu den Säulen kommunaler Demokratie und gilt als ein tragender Grundsatz des Kommunalrechts. Das Prinzip der Öffentlichkeit soll sicherstellen, dass die Bevölkerung sich über die Tätigkeit ihrer kommunalen Vertretungsorgane unmittelbar informieren kann. Dabei sollen die EinwohnerInnen und BürgerInnen auch zur Mitwirkung an der kommunalen Selbstverwaltung angeregt werden. Der Meinungs- und Willensbildungsprozess in der Vertretung soll von außen durchsichtig und nachvollziehbar sein. Die BürgerInnen sollen aus eigener Kenntnis und Beurteilung eine sachgerechte Kritik an einzelnen MandatsträgerInnen anbringen können und eine Grundlage für ihre Entschei-

dung bei den nächsten Kommunalwahlen erhalten. Das Öffentlichkeitsprinzip unterwirft die kommunalen Vertretungen der allgemeinen Kontrolle von außen und soll einer unzulässigen, demokratisch nicht legitimierten Einwirkung persönlicher Beziehungen, Einflüsse und Interessen auf die Vertretung vorbeugen. Die angesetzte Informationsveranstaltung ist nicht für einen besonderen Tagesordnungspunkt angesetzt, der unter Umständen eine vertrauliche Information vorab erforderlich macht, sondern für alle anstehenden Entscheidungen. Eine solche Informationsveranstaltung ohne Öffentlichkeit widerspricht den zuvor angegebenen Grundsätzen. Die Informationen werden erläutert, es wird sicher zumindest in Teilen darüber gesprochen und Meinungen werden ausgetauscht. Ein wesentlicher Teil der Argumentation wird damit der Öffentlichkeit vorenthalten. Die Erläuterungen in den Ausschüssen werden kürzer, Diskussionen und Meinungsaustausch ebenfalls. Dieses widerspricht dem Öffentlichkeitsgebot und schafft gerade keine Transparenz, die immer von allen gefordert wird und der ich mich verpflichtet fühle. Ich erwarte daher alle Infor-

mationen schriftlich rechtzeitig vor den Sitzungen und eine evtl. zusätzliche mündliche Information in den entsprechen-



Wir packen es an!

www.u-hi.de

Impressum

Herausgeber:
Die Unabhängigen
im Landkreis Hildesheim

Vorsitzender:
Uwe Steinhäuser

Heideweg 1
31199 Diekholzen
vorstand@u-hi.de
www.u-hi.de